

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Interpellation 2009/267 von Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion:
"Weshalb verweigert Novartis & Co. die vollständige Kostenübernahme einer Totalsanierung?"

Datum: 15. Dezember 2009

Nummer: 2009-267

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2009/267

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Beantwortung Interpellation [2009/267](#) von Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion: "Weshalb verweigert Novartis & Co. die vollständige Kostenübernahme einer Totalsanierung?"

vom 15. Dezember 2009

1. Ausgangslage

Am 24. September 2009 hat Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion, eine [Interpellation](#) betreffend "Weshalb verweigert Novartis & Co. die vollständige Kostenübernahme einer Totalsanierung?" mit folgendem Wortlaut eingereicht:

"Die Chemiemülldeponien Le Letten (Hagenthal-le-Bas/F) und Roemisloch (Neuwiler/F) sind die direkten Nachfolgedepo­nien der Muttenzer Chemiemülldeponien. Die Vorgängerfirmen von Novartis, Syngenta, Clariant und Ciba (heute BASF) haben sie mit Chemiemüll beliefern lassen, nachdem der Kanton Basel-Landschaft nach der Grundwasserverschmutzung bei der Florin AG durch die Feldrebengrube ein Ablagerungsverbot für das Kantonsgebiet erlassen hatte.

Die Chemiemülldeponie Roemisloch verschmutzt einen Brunnen, das Grundwasser und den Mühlibach, die Deponie Le Letten verschmutzt einen Brunnen, das Grundwasser sowie den Lörxbach und gefährdet das Trinkwasser von Allschwil und Schönenbuch. Am 3. Juli 2008 haben die Verursacher Novartis & Co. bekannt gegeben, dass sie bei den Deponien Le Letten und Roemisloch auf ihre Kosten "durch Entfernung der Emissionsquelle" sanieren werden. Mit anderen Worten: Die Basler Pharma- und Chemiekonzerne bezahlen eine Totalsanierung.

Ganz anders in Muttenz: Dort soll die verursachende Industrie nur ca. 10% bis 25% der Sanierungskosten übernehmen. Dies, obwohl die Basler Chemie die Deponien z.T. selber betrieben hat. Zudem ist der Chemiemüll die Ursache für die Verschmutzung des Grundwassers sowie der Gefährdung des Trinkwassers und somit der Grund für die Sanierungen, und nicht der Hausmüll aus den 1940- 1960er-Jahre.

Ferner haben gemäss NZZ vom 2.12.2007 Novartis, Syngenta, Ciba, Clariant und Roche Umweltrückstellungen in der Höhe von mehr als 2 Milliarden Franken gemacht. Auch hat Michael Plüss, Chef von Novartis Schweiz, über die Novartis Stiftung zur Sanierung der regionalen Deponien gemäss BaZ-Interview vom 28.9.2007 gesagt "Sollte es sich zeigen, dass diese 200 Millionen nicht die abschliessende Summe sind, wird Novartis weitere Mittel zur Verfügung stellen".

Ich bitte den Regierungsrat um schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. *Hat der Regierungsrat Kenntnis, weshalb die Industrie im Elsass freiwillig, wie sie betont, die Kosten für die Totalsanierung ihres Chemiemülls übernimmt, nicht aber im Baselbiet? Hat der Baselbieter Regierungsrat schlecht verhandelt?*
2. *Dass der Chemiemüll bzw. das verschmutzte Grundwasser vor 1958 ins Trinkwasser gelangte, ist heute unbestritten. Ob heute noch Schadstoffe aus den Deponien das Trinkwasser belasten, ist umstritten, zumal 95% der Schadstoffe im Trinkwasser auch bei den Deponien vorkommen. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass dem Gesundheitskonzern Novartis die Gefährdung des Trinkwassers bzw. die mögliche Verschmutzung für 200'000 Menschen durch seinen Chemiemüll zu wenig bewusst ist?*
3. *Warum meint die Regierung, beseitigt der Gesundheitskonzern Novartis seinen Chemiemüll nicht nur schon aufgrund der Tatsache, dass er das Trinkwasser gefährdet?*
4. *Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass ein Gesundheitskonzern wie Novartis mit dem Arzt Daniel Vasella an der Spitze die Risiken für die Gesundheit von 200'000 Menschen nicht ernster nehmen sollte und von sich aus und auf seine Kosten die Gefahr für das Trinkwasser bannen?*
5. *Denkt die Regierung auch, dass eine freiwillige, definitive Sanierung der Muttenzer Chemiemülldeponien und somit dem grössten Risiko für das Trinkwasser, dem Image des Gesundheitskonzerns zuträglicher wäre als die jetzigen Risiken für das Trinkwasser von 200'000 Menschen in Kauf zu nehmen, insbesondere, weil sich die Firma in zahlreichen Schriften der Nachhaltigkeit verpflichtet hat?"*

2. Grundsätzliche Bemerkungen

Die Ablagerung von Abfällen aus der Industrie und Siedlungsabfälle in den 1950er bis 1960er Jahren verunreinigt heute immer noch das Grundwasser in unserer Region. Im Grundwasser findet man ein entsprechend grosses Stoffspektrum. Die Konzentrationen dieser Stoffe sind jedoch in meist relativ kleinen Konzentrationen im Bereich von Nanogramm oder einigen Mikrogramm pro Liter. Die Sanierung beispielsweise bei der Deponie Feldreben wird jedoch durch Stoffe wie Tetrachlorethen und Trichlorethen ausgelöst, die auch im Siedlungsabfall vorkommen und die heute in praktisch allen Grundwasserleitern im Kanton Basel-Landschaft - wenn auch in viel geringeren Konzentrationen - nachgewiesen werden können. Die Altlastenverordnung (AltIV) aus dem Jahr 1998 und das Umweltschutzgesetz USG aus dem Jahr 1983 regeln abschliessend auf Bundesebene das Verfahren bei der Altlastenbearbeitung; inklusive der Verursacherfrage. Speziell der Art. 23 der AltIV regelt die Zusammenarbeit zwischen der vollziehenden Behörde und den Direktbetroffenen. Im Falle Muttenz laufen in diesem Sinne derzeit Verhandlungen an "runden Tischen" zu den drei Deponien. Diese sind noch nicht abgeschlossen. Ziel ist eine gemeinsame Vereinbarung über Massnahmen und Kostentragung zu erreichen.

3. Zu den einzelnen Fragen

1. *Hat der Regierungsrat Kenntnis, weshalb die Industrie im Elsass freiwillig, wie sie betont, die Kosten für die Totalsanierung ihres Chemiemülls übernimmt, nicht aber im Baselbiet? Hat der Baselbieter Regierungsrat schlecht verhandelt?*

Bei den Deponien im Elsass ist der Anteil an Abfällen aus der chemischen Produktion deutlich grösser als in Muttenz. Zudem sind die Deponien im Elsass volumenmässig viel kleiner. Die

zuständigen französischen Behörden haben im Juli 2008 die Prüfung und Beurteilung der Situation abgeschlossen und das weitere Vorgehen bestimmt. Diese Ergebnisse wurden vom Präfekten in Mulhouse am 3. Juli 2008 veröffentlicht.

Die Vertreter der Basler Chemie, der IGDRB, haben unmittelbar nach Abschluss der behördlichen Verfahren und somit Klärung der rechtlichen Situation die freiwillige zusätzliche Sanierung durch Entfernung der Abfälle angekündigt. Ob vorgängig Verhandlungen zwischen der IGDRB und den französischen Behörden stattgefunden haben, entzieht sich unserer Kenntnis.

2. Dass der Chemiemüll bzw. das verschmutzte Grundwasser vor 1958 ins Trinkwasser gelangte, ist heute unbestritten. Ob heute noch Schadstoffe aus den Deponien das Trinkwasser belasten, ist umstritten, zumal 95% der Schadstoffe im Trinkwasser auch bei den Deponien vorkommen. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass dem Gesundheitskonzern Novartis die Gefährdung des Trinkwassers bzw. die mögliche Verschmutzung für 200'000 Menschen durch seinen Chemiemüll zu wenig bewusst ist?

Die neuesten umfassenden Untersuchungen des Amtes für Umweltschutz und Energie zeigen, dass bei den seit 1958 und bis heute herrschenden Grundwasserfliessverhältnissen keine Beeinflussung durch Abstrom der Deponien zu den Trinkwasserbrunnen besteht (www.aue.b.ch, -> Grundwasser -> Publikationen). Die heute im Trinkwasser gefundenen Schadstoffe stammen zum einen vom Eintrag vor 1958 als das Grundwasser noch eine andere Fliessrichtung aufwies und zum anderen von Schadstoffen, die über die Rheinwasserinfiltration eingetragen wurden.

Der Regierungsrat kann die Frage nach dem Bewusstsein der Novartis zum Thema Trinkwasser und Chemiemüll nicht beantworten. Dies ist Sache der Novartis.

3. Warum meint die Regierung, beseitigt der Gesundheitskonzern Novartis seinen Chemiemüll nicht nur schon aufgrund der Tatsache, dass er das Trinkwasser gefährdet?

Die neuesten umfassenden Untersuchungen des Amtes für Umweltschutz und Energie zeigen keinen Hinweis darauf, dass die Trinkwasserbrunnen unter den heutigen Grundwasserfliessverhältnissen durch die Deponien gefährdet sind.

Die Regierung kennt die genauen Beweggründe nicht, weshalb Novartis freiwillige über die Anforderungen der Altlastenverordnung hinausgehende Massnahmen durchführt oder nicht. Es ist auch nicht Aufgabe der Regierung darüber zu spekulieren.

4. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass ein Gesundheitskonzern wie Novartis mit dem Arzt Daniel Vasella an der Spitze die Risiken für die Gesundheit von 200'000 Menschen nicht ernster nehmen sollte und von sich aus und auf seine Kosten die Gefahr für das Trinkwasser bannen?

Die drei Chemiefirmen Novartis, Syngenta und Ciba (BASF) sind an den Verhandlungen an den runden Tischen zur Bearbeitung der Deponien in Muttenz beteiligt. Sie nehmen dort ihre Verantwortung wahr.

5. *Denkt die Regierung auch, dass eine freiwillige, definitive Sanierung der Muttenzer Chemiemülldeponien und somit dem grössten Risiko für das Trinkwasser, dem Image des Gesundheitskonzerns zuträglicher wäre als die jetzigen Risiken für das Trinkwasser von 200'000 Menschen in Kauf zu nehmen, insbesondere, weil sich die Firma in zahlreichen Schriften der Nachhaltigkeit verpflichtet hat?*

Welches Verhalten dem Image des Gesundheitskonzerns am zuträglichsten ist, wird dieser selbst entscheiden. Die Regierung wird sich dazu nicht äussern.

Liestal, 15. Dezember 2009

Im Namen des Regierungsrates

der Präsident:

Wüthrich

der Landschreiber:

Mundschin